

05.3808

**Motion Leuthard Doris.
Disparitätszahlungen
Motion Leuthard Doris.
Contribution
à la réduction des disparités**

Einreichungsdatum 14.12.05

Date de dépôt 14.12.05

Nationalrat/Conseil national 13.03.06

Bericht APK-SR 30.03.06

Rapport CPE-CE 30.03.06

Ständerat/Conseil des Etats 09.06.06

Nationalrat/Conseil national 14.06.07

Antrag der Minderheit

(Wobmann, Mörgeli, Müller Walter, Muri, Oehrl, Schibli, Stamm)

Abschreibung der Motion

Proposition de la minorité

(Wobmann, Mörgeli, Müller Walter, Muri, Oehrl, Schibli, Stamm)

Classer la motion

Wobmann Walter (V, SO): In der Motion Leuthard wird ja verlangt, dass die Erweiterungskosten nicht zulasten der öffentlichen Entwicklungshilfe gehen dürfen. Der Bundesrat hat selber eingesehen, dass die Forderung dieser Motion so gar nicht erfüllbar ist. Da gehe ich mit dem Bundesrat völlig einig. Und warum ist sie nicht erfüllbar? Der Grund ist sehr einfach, und das kann ich auch gut kurz begründen.

Es gibt einen Volksentscheid, der aufgrund von Versprechungen getroffen wurde. Eine dieser Versprechungen lautete, dass die Kosten nicht zulasten des Budgets gehen dürfen, d. h., dass die Massnahmen budgetneutral sein bzw. voll kompensiert werden sollen. So gesehen gilt es, dieses Versprechen einzuhalten, nicht mehr und nicht weniger. Ich bitte Sie deshalb, der Minderheit zuzustimmen.

Müller-Hemmi Vreni (S, ZH), für die Kommission: Ich wiederhole nicht mehr, was bezüglich der Motion Leuthard und ihrer Umsetzung bereits hinlänglich gesagt worden ist. Der Ständerat hat, wie wir es Ihnen jetzt beantragen, ebenfalls beschlossen, die Motion aufrechtzuerhalten. Lehnen Sie also diesen Minderheitsantrag ab.

Abstimmung – Vote

Für den Antrag der Minderheit 50 Stimmen

Dagegen 116 Stimmen

07.421

**Parlamentarische Initiative Fraktion
der Schweizerischen Volkspartei.
Swissair-Debakel. Einsetzung
einer PUK zur Abklärung
der politischen Verantwortung
Initiative parlementaire groupe
de l'Union démocratique du Centre.
Débâcle de Swissair. Institution
d'une CEP pour faire la lumière
sur les responsabilités politiques**

Ordnungsantrag – Motion d'ordre

Einreichungsdatum 23.03.07

Date de dépôt 23.03.07

Bericht Büro-NR 16.05.07

Rapport Bureau-CN 16.05.07

Nationalrat/Conseil national 14.06.07 (Ordnungsantrag – Motion d'ordre)

Nationalrat/Conseil national 21.06.07 (Vorprüfung – Examen préalable)

Nationalrat/Conseil national 21.06.07 (Fortsetzung – Suite)

Maurer Ueli (V, ZH): Ich stelle im Namen der SVP-Fraktion den Ordnungsantrag, unsere parlamentarische Initiative vom März dieses Jahres betreffend eine Swissair-PUK noch in dieser Session zu behandeln.

Soweit ich festgestellt habe, ist der Ordnungsantrag noch nicht verteilt worden. Es geht um Folgendes: Wir haben im März eine parlamentarische Initiative eingereicht mit dem Antrag, es sei eine PUK einzusetzen, um die Vorkommnisse rund um die Swissair zu untersuchen. Ich gehe materiell nicht weiter darauf ein. Das Büro hat die parlamentarische Initiative an seiner Sitzung vom 16. Mai behandelt, das Geschäft ist also grundsätzlich behandlungsreif. Ich beantrage Ihnen nun, dieses Geschäft noch in dieser Session zu traktandieren. Ich glaube, es ist im Interesse der Öffentlichkeit und der Stimmbürger, wenn der Nationalrat einmal dazu Stellung nimmt, ob er diese PUK will oder nicht. Es geht ja bei der Behandlung dieses Geschäftes um diese Frage.

In diesem Sinne bitte ich Sie, unseren Ordnungsantrag zu unterstützen.

Engelberger Eduard (RL, NW), für das Büro: Zum Voraus eine Bemerkung: Das Büro beantragt Ihnen, der parlamentarischen Initiative «PUK Swissair» keine Folge zu geben. Das Büro hat die parlamentarische Initiative, von der wir jetzt sprechen, wie alle anderen parlamentarischen Initiativen behandelt. Deshalb ist sie auch nicht auf der Traktandenliste der Sommersession. Die Mehrheit des Büros ist aber einverstanden, diese parlamentarische Initiative noch in dieser Session zu behandeln, und zwar in Kategorie IV wie alle anderen parlamentarischen Initiativen. Wir haben am kommenden Dienstagmorgen eine Sitzung des Büros für die Behandlung des restlichen Programms dieser Session und werden dabei die parlamentarische Initiative traktandieren.

Im Übrigen möchte ich Sie aber darauf aufmerksam machen, dass wir heute – bis jetzt, wo ich hier stehe – schon etwa sechs bis acht Stunden Rückstand haben. Wenn wir neue Geschäfte aufnehmen müssen, dann werden wohl andere wieder zurückgestellt werden müssen. Aber wir hoffen nicht, dass dies der Fall ist.

In diesem Sinne bitte ich Sie um Kenntnisnahme.

Präsidentin (Egerszegi-Obrist Christine, Präsidentin): Die SVP-Fraktion beantragt, dass die parlamentarische Initiative 07.421, «Swissair-Debakel. Einsetzung einer PUK zur Abklärung der politischen Verantwortung», noch in dieser Sommersession behandelt wird.

Abstimmung – Vote

Für den Ordnungsantrag der SVP-Fraktion 150 Stimmen
Dagegen 6 Stimmen

Präsidentin (Egerszegi-Obrist Christine, Präsidentin): Somit wird dieses Geschäft nächste Woche traktandiert werden.

06.038

Agrarpolitik 2011. Weiterentwicklung

Politique agricole 2011. Evolution future

Differenzen – Divergences

Botschaft des Bundesrates 17.05.06 (BBl 2006 6337)

Message du Conseil fédéral 17.05.06 (FF 2006 6027)

Ständerat/Conseil des Etats 19.12.06 (Erstrat – Premier Conseil)

Ständerat/Conseil des Etats 20.12.06 (Fortsetzung – Suite)

Ständerat/Conseil des Etats 20.12.06 (Fortsetzung – Suite)

Nationalrat/Conseil national 13.03.07 (Zweitrat – Deuxième Conseil)

Nationalrat/Conseil national 13.03.07 (Fortsetzung – Suite)

Nationalrat/Conseil national 14.03.07 (Fortsetzung – Suite)

Nationalrat/Conseil national 14.03.07 (Fortsetzung – Suite)

Ständerat/Conseil des Etats 15.03.07 (Fortsetzung – Suite)

Ständerat/Conseil des Etats 05.06.07 (Differenzen – Divergences)

Nationalrat/Conseil national 11.06.07 (Differenzen – Divergences)

Ständerat/Conseil des Etats 13.06.07 (Differenzen – Divergences)

Nationalrat/Conseil national 14.06.07 (Differenzen – Divergences)

Einigungskonferenz/Conférence de conciliation 19.06.07

Ständerat/Conseil des Etats 19.06.07 (Differenzen – Divergences)

Nationalrat/Conseil national 20.06.07 (Differenzen – Divergences)

Ständerat/Conseil des Etats 22.06.07 (Schlussabstimmung – Vote final)

Nationalrat/Conseil national 22.06.07 (Schlussabstimmung – Vote final)

Text des Erlasses 1 (BBl 2007 4677)

Texte de l'acte législatif 1 (FF 2007 4449)

1. Bundesgesetz über die Landwirtschaft 1. Loi fédérale sur l'agriculture

Art. 187d

Antrag der Kommission

Titel

Festhalten

Art. 22 Abs. 4

Zonenkonforme Anlagen zur Gewinnung von Energie aus Biomasse sowie ortsbildungsgerecht in Dach- und Fassadenflächen integrierte Solaranlagen werden in allen Nutzungszonen bewilligt, sofern keine Kultur- und Naturdenkmäler von nationaler Bedeutung beeinträchtigt werden.

Art. 187d

Proposition de la commission

Titre

Maintenir

Art. 22 al. 4

Les installations nécessaires à la production d'énergie à partir de biomasse ainsi que les installations solaires intégrées au toit et aux façades et qui respectent le site sont autorisées dans toutes les zones, dès lors qu'elles ne portent atteinte à aucun bien culturel ni à aucun monument naturel d'importance nationale.

Bader Elvira (C, SO), für die Kommission: Wir sind hier bei der einzigen verbleibenden Differenz zum Ständerat im Landwirtschaftsgesetz im Rahmen der «AP 2011». Der Kommission lag ein neuer Antrag Suter vor, in welchem die problematischen Rechtsbegriffe und unbestimmten Formulierungen des ursprünglichen Antrages ausgemerzt waren.

Der neu formulierte Antrag lautet: «Zonenkonforme Anlagen zur Gewinnung von Energie aus Biomasse sowie ortsbildungsgerecht in Dach- und Fassadenflächen integrierte Solaranlagen werden in allen Nutzungszonen bewilligt, sofern keine Kultur- und Naturdenkmäler von nationaler Bedeutung beeinträchtigt werden.»

Das Bestreben, die Bewilligung von Anlagen zur Gewinnung von Energie aus Biomasse zu erleichtern, war in der Kommission unbestritten. Durch den Begriff «zonenkonform» wird erreicht, dass die Kantone nicht in allen Zonen, also zum Beispiel nicht in Wohnzonen, Biomasseanlagen bewilligen müssen. Auch Solaranlagen auf Dächern und Fassaden in allen Nutzungszonen stiessen auf Wohlwollen, obwohl die Problematik für spezielle Schutzzonen durchaus besteht. So werden zum Beispiel in der Juraschutzzone des Kantons Solothurn, einer Zone mit speziellen Regeln und Vorschriften für Bauvorhaben in der Landwirtschaftszone, oder bei Schutzobjekten, die nur kantonale Bedeutung haben, die Bewilligungen solcher Anlagen in Zukunft nicht mehr verhindert.

Nach Diskussion und Anhörung der Verwaltung und nach Diskussion des neuen Antrages Suter stimmte die Kommission mit 23 zu 0 Stimmen bei 1 Enthaltung diesem neuen Antrag zu und hat so eine Differenz zum Ständerat geschaffen.

Wir bitten Sie, dem Antrag der Kommissionmehrheit zuzustimmen.

Präsidentin (Egerszegi-Obrist Christine, Präsidentin): Anstelle von Herrn Rime ist Herr Germanier französischsprachiger Berichterstatter.

Germanier Jean-René (RL, VS), pour la commission: Une seule divergence subsiste dans le projet de loi sur l'agriculture.

Lors de notre dernier débat au conseil, nous avons adopté à l'article 187d, par 116 voix contre 66, la proposition subsidiaire Suter qui demandait une modification de l'article 22 de la loi fédérale sur l'aménagement du territoire. L'objectif était de faciliter les procédures d'autorisation d'installations favorables à l'environnement, fonctionnant au bois, à la biomasse, à l'énergie solaire. Il s'agissait, on vous l'a dit au conseil, de «débureaucratiser» l'octroi des permis de construire et d'encourager les agriculteurs et les petits commerçants à réaliser des investissements de ce type. L'application de la disposition est cantonale et cette solution doit encourager les cantons à légiférer en la matière.

Le Conseil des Etats a refusé cette solution en déclarant être d'accord sur le principe. Par contre, la formulation ne convenait pas. Il s'agissait surtout d'éviter que les compétences des cantons dans l'octroi des permis de construire ne soient diminuées.

Un nouveau texte proposé par Monsieur Suter a été soumis ce matin à notre commission. Des simplifications ont été apportées dans les expressions qualitatives. Dans le cas de la biomasse, on supprime les termes «qui sont conçues de manière optimale»; dans celui des installations solaires bien intégrées, on supprime le terme «bien»; et pour l'expression «sont autorisées rapidement», on supprime le terme «rapidement». Nous pensons que cette nouvelle formulation pourra obtenir l'approbation du Conseil des Etats et qu'elle permettra d'éliminer toutes les divergences.

La commission, après avoir entendu l'administration, a adopté ce matin, à l'unanimité, cette nouvelle formulation et je vous invite à soutenir la proposition qu'elle vous soumet.

Leuthard Doris, Bundesrätin: Wie gesagt wurde, stehen wir jetzt wirklich in der Endbearbeitung der «AP 2011». Sie haben noch eine Differenz zum Ständerat, und diese betrifft die letztes Mal von Herrn Suter eingebrachte Bestimmung für Holz- und Biomasseanlagen. Sie haben gesehen, dass der Ständerat diesen Antrag abgelehnt hat. Es wurde, wie von den Kommissionssprechern heute Morgen dargelegt wurde, ein neuer, überarbeiteter Antrag präsentiert; er ist, damit bin ich einverstanden, besser formuliert als der bisherige, aber